

Presseinformation

Potsdam, 13. Januar 2009

Zum Konjunkturprogramm II der Bundesregierung erklärt die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser:

Notwendiger Politikwechsel bleibt aus

Während für Banken gigantische Rettungsschirme aufgespannt werden, gibt es für die Ärmern in diesem Land nur eine kleine Spende. Menschen mit geringem Einkommen, Rentner und Hartz IV Empfänger werden auch mit diesem Konjunkturprogramm nicht gestärkt. Schon daran sieht man die soziale Schieflage im Handeln der CDU- SPD Koalition.

Statt die Profiteure des Aufschwungs zur Kasse zu bitten, wird versucht, die Gesamtlast der Krise auf Kosten der öffentlichen Hand, also auf die Steuerzahler abzuwälzen. Zwar hat die Bundesregierung eine Reihe von Einzelmaßnahmen vorgeschlagen, diese bleiben jedoch halbherzig und führen zu keinem notwendigen Politikwechsel.

Auf dem Arbeitsmarkt sind die Auswirkungen der Krise schon spürbar. Hier gibt es erste Entlassungen. Viele Unternehmen - auch in Brandenburg - müssen kurz arbeiten. Die Arbeitslosenzahlen steigen bereits wieder. Deshalb braucht es einen Schutzschirm für die Betroffenen.

Für DIE LINKE sind daher Mindestlohn und Rentenerhöhung dringend notwendig. Die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I muss von 12 auf 24 Monate verlängert und der Hartz IV-Regelsatz endlich auf 435 Euro angehoben werden. Letzteres würde sieben Milliarden Euro kosten, also weitaus weniger als die Stützung der Commerzbank und deutlich mehr zur Stärkung der Binnenkaufkraft beitragen.

DIE LINKE Fraktion
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Pressesprecherin:
Alexa Lamberz
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40
E-Mail: pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de